

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 247 (1974)
Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltchronik

vom 1. Juni 1972 bis 31. Mai 1973

Ein ereignisreiches Jahr liegt hinter uns. Krieg und Frieden, Schandtaten und Erfreuliches, Völkerverbindendes und Völkertrennendes hat es uns gebracht, und auf der Bühne des Weltgeschehens war ein grosses Kommen und Gehen: Staatspräsidenten flogen von Süden nach Norden und von Norden nach Süden, von Westen nach Osten und von Osten nach Westen. Selbst unser Bundesrat wurde vom Wandertrieb erfasst, reisten doch im abgelaufenen Jahr mehr Bundesräte ins Ausland als je zuvor. Man wird angesichts dieser fast hektischen Reisetätigkeit den Gedanken nicht los, dass hier des Guten zuviel getan wurde.

Beginnen wir unsere Rückschau mit einem Blick auf jenes Land, das im abgelaufenen Jahr im Brennpunkt des Geschehens stand, nämlich mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Zielbewusst verfolgte Präsident Nixon die im vergangenen Jahr begonnene Politik des Rückzuges aus Vietnam. Am 11. August verliessen die letzten amerikanischen Bodentruppen das Land. Damit war wohl die sogenannte Vietnamisierung des Krieges erreicht – wenn auch die Amerikaner ihre Flugwaffe weiterhin in das Kriegsgeschehen eingreifen liessen –, aber ein Waffenstillstand oder gar der Friede waren noch fern. Am 26. Oktober veröffentlichte Nordvietnam einen Friedensvertragsentwurf, der in Paris ausgehandelt worden war und wohl durch eine Indiskretion an die Öffentlichkeit gelangte. Der südvietnamesische Präsident Thieu war damit nicht einverstanden, und während in Paris weiterverhandelt wurde, verschärfte sich der Krieg erneut. Massive Bombardierungen der Amerikaner vor und nach Weihnachten riefen die Protestler auf der ganzen Welt auf den Plan, hatten aber doch zur Folge, dass am 27. Januar die Aussenminister der kriegführenden Parteien das Waffenstillstandsabkommen unterzeichnen konnten. Es ergab sich daraufhin ein Tauziehen um die Freilassung der beidseitigen Gefangenen, doch konnten programmgemäss zwei Monate nach Abschluss des Vertrages die letzten amerikanischen Solda-

ten und Kriegsgefangenen Vietnam verlassen. Das amerikanische Oberkommando in Saigon wurde aufgelöst. Wie lange sich die Parteien, insbesondere der kommunistische Norden, an das Waffenstillstandsabkommen halten werden, ist heute allerdings noch eine durchaus offene Frage.

Am 7. November wurde der Republikaner Richard Nixon für eine weitere vierjährige Amtsdauer zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt. Er erzielte ein ausgezeichnetes Wahleresultat, stimmten doch etwa 61% der Stimmberechtigten für ihn. Die Demokraten erlitten mit ihrem Kandidaten, dem Senator George McGovern, eine empfindliche Niederlage; sie verloren auch zwölf Sitze im Repräsentantenhaus. Nur schwach versüsst wurde diese Niederlage durch die Tatsache, dass es ihnen gelang, im Senat den Republikanern zwei Sitze abzunehmen und damit das bisherige Verhältnis von 55 zu 55 auf 57 zu 53 Sitze zu ihren Gunsten zu verschieben. Für Nixon und seine Republikaner schien somit alles zum besten zu stehen, als eine Angelegenheit ruchbar wurde, die Nixon in die schwerste Krise seit seinem ersten Amtsantritt stürzte. Übereifrige Funktionäre der Partei hatten nämlich während der Wahlvorbereitungen versucht, im Hauptquartier der Demokratischen Partei eine Abhöranlage einzubauen. Diese Absicht misslang, und die Täter wurden auf frischer Tat ertappt. Es setzte eine Untersuchung ein, in der Nixon anfangs beteuerte, weder er noch seine Mitarbeiter hätten von diesem Schachzug der Republikaner gewusst. Er versuchte alles, um die ganze Geschichte zu vertuschen und in Vergessenheit geraten zu lassen. Das gelang ihm indessen nicht; im Gegenteil weitete sich die Angelegenheit zum grössten Skandal seit vielen Jahren aus. Sie kostete einer ganzen Reihe der allernächsten Mitarbeiter Nixons Kopf und Kragen, und heute noch ist kein Ende der nach dem Hauptquartier der Demokraten «Watergate» genannten Affäre abzusehen. Insbesondere lässt sich heute noch nicht sagen, wie Nixon selbst die gegenwärtig laufenden Untersuchungen überstehen wird.

* * *

In der Bundesrepublik Deutschland hatte die Regierung Brandt, eine Koalition zwischen der Sozialdemokratischen Partei und den Freien Demokraten, schon vor Ablauf der üblichen vierjährigen Amtsdauer Ermüdungserscheinungen zu zeigen begonnen. Mit der anfangs Juni erfolgten Inkraftsetzung der umstrittenen Ostverträge hielt die frühere Regierungspartei der Christlichdemokratischen Union (CDU) den Zeitpunkt für gekommen, zu versuchen, durch vorzeitige Neuwahlen im Herbst 1972 die Macht wieder an sich zu reißen. Sie brachte das Parlament dazu, am 22. September mit 248 gegen 233 Stimmen dem Bundeskanzler das Misstrauen auszusprechen. Daraufhin löste der Bundespräsident den Bundestag auf und bestimmte den 19. November des gleichen Jahres als vorzeitigen Wahltermin. Die Rechnung der CDU ging indessen nicht auf. Entgegen allen Erwartungen gelang es nämlich Bundeskanzler Brandt, nach einem heftig geführten Wahlkampf den Sieg zu erringen; seine Partei erhielt fast 46% der Stimmen gegen 45% der CDU und rund 8% der Freien Demokraten. Der CDU fehlte deutlich eine allgemein beliebte Führerfigur; der Ehrgeizling Rainer Barzel drang nicht durch und trat im Frühjahr sogar als Führer seiner Partei im Bundestag zurück. – Zum erstenmal seit Bestehen der Bundesrepublik besuchte ein russischer Staatschef das Land. Leonid Breschnew, Generalsekretär der Kommunistischen Partei und mächtigster Mann in seinem Lande, weilte im Mai zum Besuch bei Brandt. Aus dem bei Abschluss des Besuches herausge-

1974



Roger Bonvin
Bundespräsident für das Jahr 1973
Photopress-Bilderdienst, Zürich

gebenen offiziellen Communiqué lässt sich nicht erkennen, ob wesentliche Ergebnisse erzielt worden sind. Die nach wie vor brennende Frage der Zweiteilung Berlins bleibt bestehen, und auch im abgelaufenen Jahr knallten ostdeutsche Volkspolizisten, ohne mit der Wimper zu zucken, Flüchtlinge, die das gelobte Land der Deutschen Demokratischen Republik verlassen wollten, nieder. Die Leute, die sonst bei jedem mehr oder minder wichtigen Anlass zu Transparenten greifen und im Protestumzug losmarschieren, blieben stumm.

Mehr als Kuriosum sei noch erwähnt, dass eine deutsche Landesregierung, nämlich die bayerische, unter dem Einfluss des sattsam bekannten Franz Josef Strauss, der Meinung ist, der Grundvertrag mit der UdSSR verstosse gegen die deutsche Verfassung. Sie hat deshalb vor dem Bundesgericht in Karlsruhe gegen die Regierung in Bonn Klage erhoben, mit dem Ziel, den Vertrag als ungültig erklären zu lassen. Man darf voraussehen, dass sich die Bayern

mit dieser Übung in der Bundesrepublik leicht lächerlich machen werden und dass sie voraussichtlich keine Chance haben, mit ihrer Klage durchzudringen. – Im Januar wurde Brandt in Paris von Staatspräsident Pompidou mit allen Ehren empfangen, und man feierte das zehnjährige Bestehen des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages. Im März empfing der Bundeskanzler den britischen Premier Heath; im Mai flog er zu einem offiziellen Besuch nach Washington zu Präsident Nixon. – Alles in allem genommen, zeigt sich immer deutlicher, dass die Bun-

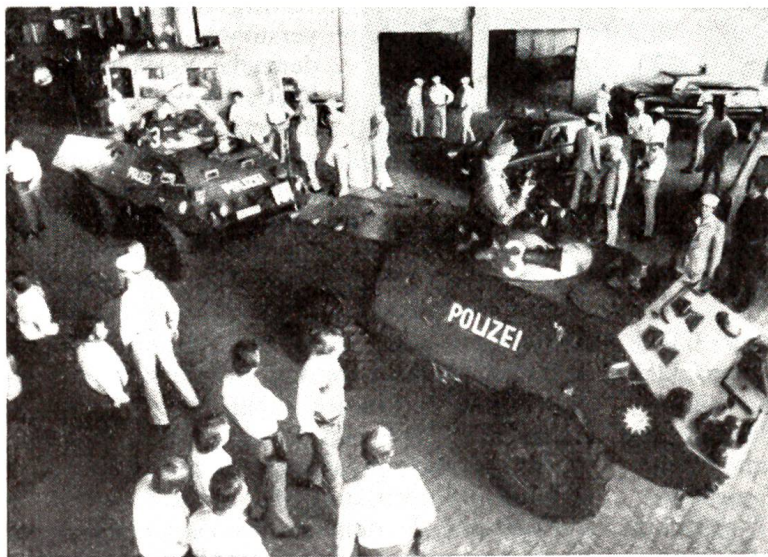
desrepublik und vor allem auch ihr Regierungschef, Bundeskanzler Brandt, von den Grossmächten ernst genommen wird und zu einem vollwertigen Partner im internationalen Gespräch geworden ist.

* * *

Anfangs September fanden die in der gesamten Sportwelt mit grösstem Interesse erwarteten Olympischen Sommerspiele in München statt. Diese Spiele waren als die «heiteren Spiele» angezeigt worden, und München bemühte sich nach Kräften, dieser Voranzeige gerecht zu werden. Alles schien sich zum besten zu wenden, die Organisation klappte wie am Schnürchen, als am 5. September arabische Terroristen das israelische Mannschaftsquartier im Olympischen Dorf überfielen. Zwei Israeli wurden sofort getötet, die übrigen als Geiseln zurückgehalten. Nach langwierigen Verhandlungen – die Attentäter verlangten die Freilassung von 200 in Israel festgehaltenen Terroristen – wurde den Arabern auf dem Flugplatz Fürstenfeldbruck ein Flugzeug

bereitgestellt, mit dem sie ins Ausland hätten weiterfliegen können. Bei einem verzweifelten Versuch der deutschen Polizei, die israelischen Geiseln zu befreien, kam es zu einer Schiesserei, bei der die Araber alle elf israelischen Geiseln umbrachten; ein deutscher Polizist und vier der Terroristen kamen ebenfalls ums Leben. Die übrigen drei wurden festgenommen. Am 29. Oktober entführten arabische Luftpiraten eine Boeing 727 der Lufthansa. Es gelang ihnen, die deutsche Regierung so unter Druck zu setzen, dass sie ihnen in Zagreb die drei überlebenden Attentäter von München übergeben liess. Die abscheuliche Tat löste eine Welle von Entsetzen und Erbitterung auf der ganzen Welt aus. Die Spiele wurden für einen Tag unterbrochen, und an der Trauerfeier wies Bundespräsident Heinemann in mutiger Rede auf die Tatsache hin, dass die Verantwortung für solche Scheusslichkeiten auch bei denjenigen Regierungen liege, die das üble Treiben der arabischen Terroristen in ihren Ländern dulden.

* * *



Olympisches Dorf im Belagerungszustand

Nach dem Überfall der Palästinenser auf das Quartier der israelischen Sportler fuhren Panzerfahrzeuge der deutschen Polizei auf.

Photo Keystone-Press, Zürich

Ein recht ruhiges Jahr – mit Ausnahme der fast zur Tradition gewordenen Studentenkrawalle – hat Frankreich hinter sich. Im Mittelpunkt des Interesses standen die Wahlen in die Nationalversammlung, die in zwei Wahlgängen im März entschieden wurden. Sie endeten mit einem Sieg der Gaullisten, der Partei des amtierenden Staatspräsidenten Georges Pompidou. Das Wahlergebnis war hingegen für die Regierungspartei gegenüber 1968, dem Jahr der letzten Wahl, deutlich schlechter. Kommunisten, Sozialisten und verschiedene andere Linksgruppen holten sich zusammen 90 Sitze mehr als 1968. Immerhin verfügt Pompidou mit seinen Verbündeten immer noch über die Mehrheit, wobei es jedoch etwas fraglich geworden

ist, ob diese Verbündeten immer und zu jeder Zeit vereint mit der Regierung marschieren werden. – Pompidou hatte anfangs Juli 1972 dem Rücktrittsgesuch seines bisherigen Premierministers Chaban-Delmas entsprochen und ihn durch Pierre Messmer ersetzt. Dieser blieb auch in der neugebildeten Regierung im Amt, die sich im übrigen – das Resultat der knapper gewordenen Mehrheit der Gaullisten – aus Ministern mehrerer Parteien zusammensetzt. – Auch in Frankreich waren Besuche an der Tagesordnung. So fuhr Pompidou im Januar nach Russland, um sich mit Breschnew zu treffen, in Paris empfing er, wie oben erwähnt, Bundeskanzler Brandt im Januar, im Mai folgte der britische Premierminister Heath und schliesslich König Faisal von Saudi-Arabien, dem Frankreich gerne Waffen gegen Erdöl liefern möchte. Erwähnenswert ist auch die erste Konferenz der Regierungschefs der neun Staaten der Europäischen Gemeinschaft (die Gründermittglieder Belgien, Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande und die im Laufe des Jahres hinzugetretenen Grossbritannien, Irland und Dänemark), die im Oktober in Paris stattgefunden hat. Als zentrales Fernziel bestätigten die Regierungschefs die Schaffung einer politischen Union zwischen den neun Staaten. Nicht dabei waren die Norweger, die in einer Abstimmung vom 25. September den Antrag der Regierung auf Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft abgelehnt hatten.

* * *

Wie in der Bundesrepublik musste auch in Italien wegen eines zustande gekommenen Misstrauensvotums das Parlament vorzeitig erneuert werden. Die Christlichdemokraten und die Kommunisten blieben die stärksten Parteien; aber die



Silbermedaillen für Schweizer Degenfechter an der Olympiade in München
Das erfolgreiche Quintett von links: François Suchanecki, Peter Lötscher, Guy Evéquoz, Christian Kauter und Daniel Giger

Photo Keystone-Press, Zürich-

Neofaschisten, Republikaner und Monarchisten erzielten Sitzgewinne. Wie unbeständig und labil die Lage der Regierung ist, geht schon daraus hervor, dass der neuernannte Ministerpräsident Andreotti fast zwei Monate brauchte, um sein Kabinett zu bilden. Es besteht aus Christlichdemokraten, Liberalen und Sozialdemokraten. – Das Land leidet unter einem wirtschaftlichen Rückgang. Die sozialen Spannungen, die in Italien von jeher besonders ausgeprägt waren, machten sich in Gewaltakten Luft: Strassenschlachten zwischen Polizei und Demonstranten, wie z. B. im Dezember und April, Bombenanschläge, langandauernde Streiks in der Industrie, aber auch bei den Beamten waren fast an der Tagesordnung. Verheerende Auswirkungen hatten die Zöllnerstreiks und diejenigen der Postbeamten. Erst gegen Ende des Berichtsjahres verbesserte sich die wirtschaftliche Lage, und es ist zu hoffen, dass langsam wieder normalere Verhältnisse in unserem südlichen Nachbarland einkehren.

* * *



Bundespräsident Heinemann in Bern

Die Berner Polizei traf umfangreiche Sicherheitsmassnahmen. Hier untersuchen Fahnder eine Blumensendung an die deutsche Botschaft.

Photo Walter Nydegger, Bern

Auch im abgelaufenen Jahre gelang es nicht, im Nahen Osten eine Befriedung herbeizuführen. Der Kampf der Israeli gegen die Araber dauert an. Er wird zum Teil mit Stosstruppunternehmen geführt, die zum Zwecke haben, die Stützpunkte der arabischen Guerillas in den Nachbarländern zu zerstören. Eine besonders spektakuläre Aktion unternahmen die Israeli Mitte April, als sie völlig überraschend in die libanesische Hauptstadt Beirut und in Sidon eindringen, dabei führende palästinensische Guerillas in ihren Wohnungen überfielen und Werkstätten und Stützpunkte der Freischärler zerstörten. Diese Übergriffe in ein fremdes Land wurden vom Sicherheitsrat der UNO verurteilt; sie führten ferner zu schweren Kämpfen zwischen palästinensischen Freischärlern und der libanesischen Armee.

Eine Tragödie zur Folge hatte die Beschiesung eines libyschen Verkehrsflugzeuges – es hatte sich über Israel verirrt – durch israelische

Kampfflugzeuge. Über 100 Passagiere kamen beim Absturz der Maschine ums Leben.

In Ägypten scheint Präsident Sadat immer mehr innenpolitische Schwierigkeiten zu bekommen, wohl nicht zuletzt deswegen, weil er seine grosssprecherischen Zusicherungen, er werde Israel in Kürze endgültig besiegen, nicht wahr machen konnte. Eine starke Unruhe macht sich namentlich bei den Studenten bemerkbar. Sadat bildete anfangs April die Regierung um, übernahm selbst das Amt des Ministerpräsidenten und ernannte sich schliesslich auch noch zum Militärgouverneur. Diese Machtkonzentration soll offensichtlich dazu dienen, die Innenpolitik wieder fester in seine Hand zu bekommen.

Auf diplomatischem Weg wird versucht, die Probleme des Nahen Ostens zu lösen. So reiste Golda Meir, die israelische Regierungschefin, nach Rom und besprach sich dort mit Präsident Leone und Ministerpräsident Andreotti; sie wurde auch vom Papst in Audienz empfangen. Anfangs März besuchte sie ferner Präsident Nixon in Washington, der ihr eine Fortsetzung der amerikanischen Hilfe zusicherte. Ebenfalls nach Amerika zu Nixon fuhren König Hussein von Jordanien und der ägyptische Präsidentenberater Hafez Ismail.

* * *

Im letzten Bericht hat der Chronist zu Beginn seiner Ausführungen über die Schweiz ein Klage lied über die munter trabende Inflation angestimmt. Vom Mai 1971 bis Mai 1972 war der Landesindex der Konsumentenpreise um 6,3% angestiegen. Die wenig energischen Massnahmen des Bundesrates vermochten wie erwartet nicht zu verhindern, dass bis Ende November

dieser Prozentsatz auf 6,8 gestiegen war. Anfangs Dezember gab dann der Bundesrat einschneidendere Massnahmen bekannt. Er nahm vor allem die Banken am Wickel, die in den vergangenen Monaten in extrem hohem Masse Kredite nach allen Seiten gewährt hatten. Sie wurden verpflichtet, diese Kreditgewährungen sehr stark zu drosseln, was denn auch die grosse Mehrheit der Banken befolgte. Einige schwarze Schafe, darunter auch Kantonalbanken, waren allerdings nicht bereit, sich vom Bundesrat das Geschäft verderben zu lassen. Eine weitere Massnahme traf das Baugewerbe: Das schon für einzelne Gemeinden bestehende Abbruchverbot für Altbauten und das Verbot der Erstellung von Luxusbauten, Kongresshäusern und anderem mehr wurde auf das ganze Land ausgedehnt. Schon im Oktober hatte der Bundesrat eine Verschärfung des Bundesbeschlusses über den Erwerb von Grundeigentum durch Personen im Ausland verfügt, was zu vehementen Protesten aus dem Wallis führte, wo in erschreckendem Mass der Verkauf der Heimat an Ausländer – unter dem Deckmäntelchen der Entwicklung von Berggebieten – betrieben worden war. Eine Kontrolle der Geldaufnahmen durch Anleihen von Gemeinden und Kantonen soll dazu beitragen, auch deren Übereifer im Erstellen von mehr oder weniger nötigen Bauten zu dämpfen und sie zum Sparen anzuhalten. Die steuerlich zulässigen Abschreibungen werden neu vom Bund vorgeschrieben und auf ein Minimum reduziert. Besonders erfreulich ist es, dass auch die Kleinkreditinstitute, die vielfach den Erwerb völlig überflüssigen Schnickschnacks finanziert hatten, unter die Beschränkungen fallen. Schliesslich wurde im Bundeshaus eine Stelle eingerichtet, die unter der Leitung von Professor Schürmann gewissermassen als Klagemauer funktionieren soll. Jeder Bürger kann das Büro anrufen und Preiserhöhungen, die ihm ungerechtfertigt oder

übersetzt erscheinen, melden. Das Büro Schürmann hat dann die Möglichkeit, diese Fälle zu untersuchen, allfällige Sünder nach Bern zu zitieren und zu versuchen, sie von ihrem Vorhaben abzubringen.

Schon kurz nach der Einführung dieser Massnahmen verlautete aus dem Bundeshaus, dass nicht damit gerechnet werden könne, dass sich eine sofortige Wirkung einstelle. Tatsächlich ist denn auch der Landesindex der Konsumentenpreise seit November 1972 von 6,3% auf 8,3% angestiegen. Die Zeit dürfte nicht mehr fern sein, wo wir in der Schweiz eine Teuerungsrate von 10% aufweisen. Schon heute liegen wir mit unserem Inflationstempo in Europa an der Spitze, was sich auf die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Produkte auf dem Weltmarkt auswirken wird. Hinzu kommt, dass durch das Neuaufflackern der Währungskrise und die Freigabe des Umrechnungskurses des Schweizer Frankens gegenüber dem Dollar eine weitere Verteuerung der Exporte eingetreten ist. Wenn es nicht gelingt, der Teuerung Herr zu werden und die Währungsschwierigkeiten zu beseitigen, so sieht die Zu-



Das Freihandelsabkommen der Schweiz mit der EWG

Bundesrat Brugger (links) und Botschafter Jolles, die die Verhandlungen mit der EWG geleitet hatten, waren vom Ergebnis der Volksabstimmung vom 3. Dezember 1972 sehr befriedigt.

Photopress-Bilderdienst, Zürich



Demonstration der Béliers in Bern

Die Berner Polizei führt einige der jurassischen Demonstranten ab.

Photo Walter Nydegger, Bern

kunft der schweizerischen Wirtschaft nicht rosig aus.

* * *

Im vergangenen Jahr wurden die Stimmbürger im Kanton Bern viermal in kantonalen und fünfmal in eidgenössischen Angelegenheiten zur Urne gerufen. Bei den eidgenössischen Abstimmungen findet sich die höchste Stimmbeteiligung bei derjenigen vom 3. Dezember mit 52,9%. Es ging dabei einerseits um das Volksbegehren für eine wirkliche Volkspension, das die Partei der Arbeit eingereicht hatte und dem der Bundesrat einen Gegenentwurf gegenübergestellt hatte. Mit erdrückender Mehrheit wurde der Gegenentwurf angenommen, wobei sämtliche Stände zustimmten. Damit ist die Grundlage für die sogenannte zweite Säule der Altersvorsorge in der Schweiz gelegt; mit andern

Worten, es wird in Zukunft für die Arbeitgeber obligatorisch sein, ihren Arbeitnehmern beim altershalber erfolgten Dienstaustritt eine Pension auszuzahlen. Am gleichen Tag wurde auch abgestimmt über den sogenannten Bundesbeschluss über die Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Diesem Bundesbeschluss, der noch nicht einen Beitritt der Schweiz zu der Europäischen Gemeinschaft als vollwertiges Mitglied mit allen Rechten und Pflichten darstellt, wurde mit rund 1,35 Millionen Ja gegen bloss 500 000 Nein zuge-

stimmt. Auch hier ergaben sich in sämtlichen Kantonen Ja-Mehrheiten. – Schon weniger Interesse (Stimmbeteiligung 39,7%) fand die Abstimmung vom 20. Mai 1973 über den Bundesbeschluss über die Aufhebung des Jesuiten- und des Klosterartikels der Bundesverfassung. Entgegen den Erwartungen im Bundeshaus ging der Abstimmung ein recht heftiger Abstimmungskampf voran. Mit 790 000 Ja gegen rund 650 000 Nein wurde die Streichung der beiden Artikel 51 und 52 aus der Bundesverfassung beschlossen. 16½ Stände stimmten zu, während 5½ Stände ablehnten. Es ist erfreulich, dass diese beiden Bestimmungen, die aus den Zeiten der Religionskämpfe bei der Schaffung des neuen Bundesstaates von 1848 stammten, endlich ausgemerzt werden konnten. Deutlich zeigte sich indessen, dass auch heute noch in einigen Kantonen erhebliche Vorbehalte gegenüber der Tätigkeit der Jesuiten bestehen. So wiesen z.B. die Kantone Waadt, Neuenburg und Bern Nein-Stimmenanteile von

60 % und mehr auf. Haushoch angenommen wurde die Vorlage in den mehrheitlich katholischen Kantonen, die Ja-Stimmenanteile von über 75 % lieferten. – Interessant war die Volksabstimmung vom 24. September über das Volksbegehren betreffend vermehrte Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot. Trotz recht heftiger Propaganda der Befürworter und der ablehnenden Kreise ergab sich zur allgemeinen Überraschung nur eine Stimmbeteiligung von 33,1 %. 585 000 Ja-Stimmen standen 592 000 Nein-Stimmen entgegen, also eine Differenz von bloss rund 7000 Stimmen. Deutlicher war das Ständemehr. 13 ganze und 4 halbe Kantone lehnten das Volksbegehren ab, während 6 ganze und 2 halbe ihm zustimmten. – Bedauerlich tief (je rund 27 %) waren die Stimmbeteiligungen bei den Abstimmungen vom 4. Juni 1972 und vom 4. März 1973. Am 4. Juni ging es um die weiter oben schon erwähnten Bundesbeschlüsse über Massnahmen zur Stabilisierung des Bauparkes und über den Schutz der Währung. Beide Beschlüsse wurden mit fünf- bis sechsfachen Ja-Mehrheiten angenommen. – Am 4. März stand der Bundesbeschluss über die Änderung der Bundesverfassung betreffend das Bildungswesen, der sogenannte Bildungsartikel, und ein Bundesbeschluss über die Ergänzung der Bundesverfassung betreffend die Förderung der wissenschaftlichen Forschung zur Diskussion. Der Forschungsartikel fand die Gnade des Souveräns mit 617 000 Ja gegen 340 000 Nein. Drei Stände lehnten ab. Sehr knapp war das Ergebnis beim Bildungsartikel. 507 000 Ja und 454 000 Nein wurden abgegeben; dennoch scheiterte die Vorlage am Ständemehr, indem 11 ½ Stände ablehnten und 10 ½ Stände zustimmten. Nach dem «Recht auf Arbeit» und dem «Recht auf Wohnung» ist nun auch das «Recht auf Bildung» verworfen worden. Das ist eine an sich erfreuliche Erscheinung, lässt sich doch vielleicht daraus herauslesen, dass der Stimmbürger dem mehr oder minder planlosen



Demonstration beim Hotel Alfa in Bern

Die Demonstranten beschädigen mit Steinwürfen und Farb-
beuteln die Fassade des neuerstellten Hotels.

Photo Walter Nydegger, Bern

Zuteilen von Rechten an alle Bürger misstrauisch gegenübersteht. Weiterum besteht die Ansicht, dass sich der einzelne Bürger diese Rechte auf irgendeine Art und Weise erringen muss und sie sich nicht einfach vom Staate zuteilen lassen darf.

Die kantonalen Abstimmungen warfen keine hohen Wellen. Von acht Vorlagen wurden sechs angenommen und zwei verworfen. Am 4. Juni wurden angenommen: die Aufhebung der Geschworenengerichte im Kanton, die Erstellung eines deutsch- und französisch-sprachigen Semi-

nars in Biel, die Abänderung über die Bestimmungen der Jugendgerichte, während Gesetzesänderungen im Primarschul- und im Mittelschulgesetz und damit der Beitritt Berns zum Schulkonkordat abgelehnt wurden. Am 24. September wurde das Gesetz über die Jugendrechtspflege und über die Organisation der Gerichtsbehörden angenommen, am 4. März das Gesetz über den Strassenverkehr und die Besteuerung der Strassenfahrzeuge. Ebenfalls am 4. März wurde eine miserabel vorbereitete Initiative aus dem Jura über die Abänderung des Steuergesetzes mit rund 96000 Nein gegen 51000 Ja bachab geschickt. Am 20. Mai schliesslich erzielte das neue Gemeindegesetz, das Grundgesetz für unser gesamtes Gemeindewesen, einen erfreulichen Erfolg; rund 119000 Ja standen rund 66000 Nein entgegen. Die Stimmbeteiligungen schwankten zwischen 24% am 24. März und 31% am 20. Mai. Es zeigt sich, dass durch die Einführung des Frauenstimmrechtes die Stimmbeteiligung eher zurückgeht, was wohl zum Teil darauf zurückzuführen ist, dass sich noch nicht alle Frauen ihrer Rechte bewusst sind. In einzelnen Gemeinden werden die Stimmbeteiligungen der Männer und diejenigen der Frauen getrennt ermittelt; bis heute liegen die Zahlen für die Stimmbeteiligung der Frauen wesentlich unter denjenigen für Männer.

* * *

Im abgelaufenen Jahr spielten in der Schweiz Probleme des Wehrwesens eine bedeutende Rolle. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang die Initiative für die Einführung eines Zivildienstes, die sogenannte Münchensteiner Initiative, die im Januar 1972 von einem aus Lehrern des Kantonalen Gymnasiums in Münchenstein gebildeten Initiativkomitee eingereicht worden war. Danach soll Artikel 18 der Bundesverfassung neu formuliert werden. Er soll festhalten, dass der Militärdienst nach wie vor als Regel gilt; für jene Schweizer jedoch, welche die Erfüllung der Militärpflicht mit ihrem Glauben oder mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können, soll anstelle der Militärpflicht eine Zivildienstpflicht vorgesehen werden. Der Bundesrat veröffentlichte Ende Januar 1973 einen Bericht, in dem er

grundsätzlich der Schaffung eines Zivildienstes zustimmte. Es darf aber nicht übersehen werden, dass damit noch keineswegs alle Probleme gelöst sind. Unter allen Umständen muss vermieden werden, dass sich Drückeberger ohne weiteres dem Militärdienst entziehen können. Der Zivildienst wird so aufgebaut werden müssen, dass er nicht einfach die bequemere Alternative zum Militärdienst darstellt. Ferner wird in jedem einzelnen Fall genau geprüft werden müssen, ob wirklich eine schwere Gewissensnot besteht oder ob die Militärdienstpflicht aus anderen, zum Beispiel politischen Gründen abgelehnt wird. – Viel zu reden gab auch die Flugzeugbeschaffung. Nach der Mirageaffäre, die noch in bester oder vielmehr schlechtester Erinnerung ist, brachte der Oktober 1972 einen Entscheid des Bundesrates, der nicht nur beim Militär Kopfschütteln auslöste. Der Bundesrat beschloss nämlich, nach über sechsjähriger Vorarbeit der damit beauftragten Instanzen, überhaupt kein neues Kampfflugzeug anzuschaffen. Schon zwei Jahre vorher wäre die ganze Angelegenheit zum Entscheid reif gewesen, indem die Gruppe für Rüstungsdienste den amerikanischen Corsair zur Anschaffung empfahl. Aus politischen Gründen, namentlich mit Rücksicht auf Frankreich, war damals aber beschlossen worden, eine weitere Evaluation durchzuführen und auch den französischen Milan, gewissermassen den Bruder der Mirages, in die engere Wahl zu ziehen. Der vor einigen Jahren mit viel Vorschusslorbeeren und einem hohen Lohn in die Dienste des Bundes getretene Rüstungschef H.P. Schulthess erklärte auf Ende September 1972 aus Protest gegen die Verpolitisierung der Auswahl eines Kampfflugzeuges seinen Rücktritt. Der Bundesrat akzeptierte diese Begründung nicht, und auch im Volk war das Verständnis für diesen Rücktritt nicht besonders gross. Als Nachfolger von Schulthess wählte der Bundesrat im Februar 1973 den bisherigen Stellvertreter, Ing. Charles Grossenbacher, der sich in allen Problemen der Gruppe für Rüstungsdienste bestens auskennt und der Gewähr für eine gewissenhafte und durchschlagskräftige Führung der Amtsgeschäfte bietet. – Viel zu reden gab die Aufhebung der Kavallerie. Man erinnert sich daran, dass nach den ersten Dis-

kussionen im Parlament eine Petition zur Aufrechterhaltung der Kavallerie mit über 400 000 Unterschriften eingereicht wurde. Darauf setzte in der Herbstsession 1972 der eidgenössischen Räte ein Kampf um Beibehaltung oder Abschaffung ein. Am 2. Oktober fasste der Nationalrat nach sechs verschiedenen Abstimmungen den Entscheid, zwölf Schwadronen bestehen zu lassen. Kurze Zeit darauf entschied indes der Ständerat, eigentlich überraschend, dass die Kavallerie ganz abgeschafft werden sollte. Damit war eine Differenz zur Auffassung des Nationalrates entstanden, so dass der Nationalrat noch einmal darüber beraten musste. Mit 91 gegen 71 Stimmen schloss er sich dem Ständerat an. Das Todesurteil über eine Truppe mit ruhmreicher Vergangenheit und mit einem ausgezeichneten Korpsgeist, die letzte Reitertruppe auf dem Kontinent, war gesprochen.

* * *

Die progressiven Organisationen in der Schweiz werden nicht müde zu beteuern, wie schlimm es bei uns um die Pressefreiheit und die Freiheit der Meinungsäusserung stehe. Wie sie selbst Freiheit der Meinungsäusserung auffassen, bezeugten sie, als sie im Februar 1973 an der Universität Bern den Ausbildungschef der Armee, Oberstkorpskommandant Pierre Hirschy, niederbrüllten. Hirschy hatte über das Thema «Die Ausbildung unserer Armee, ihr erzieherischer und staatsbürgerlicher Wert» sprechen wollen. Dass dieser erzieherische und staatsbürgerliche Wert effektiv vorhanden ist, ist



Kavallerie absitzen!

Durch Beschlüsse im eidgenössischen Parlament wurde die Kavallerie unserer Armee als letzte Reitertruppe des Kontinents im Herbst 1972 endgültig abgeschafft.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

ganz offensichtlich ein Dorn im Auge der progressiven Linken. Sie konnte es deswegen nicht zulassen, dass Hirschy seine Gedanken in freier Meinungsäusserung zum besten gab. Auch an weiteren Demonstrationen in Bern fehlte es nicht. Im Juni mussten bei einer Demonstration gegen den Vietnamkrieg, an der es zu Ausschreitungen gekommen war, acht Personen festgenommen werden. Kurze Zeit darauf versuchten jurassische Demonstranten in einer nicht bewilligten Kundgebung über den Ausgang der bernischen Abstimmung über das Schulkonkordat zu protestieren. Die Polizei griff endlich einmal scharf durch, zur Genugtuung eines Grossteils der bernischen Bevölkerung, die langsam genug hat von ausartenden Demonstrationen, von Verkehrsbehinderungen und Sachbeschädigungen. Im März griffen mit Schlagstöcken bewaffnete Demonstranten das Kongresshotel Alfa in Bern an, in dem eine Tagung einer neofaschistischen Organisation stattfinden sollte, die indessen bereits abgesagt worden war. Leider liess sich hier

die Polizei offensichtlich überrumpeln und war nicht in der Lage, den mit Farbbeuteln und Steinen geführten Angriff gegen den Neubau zu unterbinden. Das führte zu scharfen Reaktionen in der Presse und im Stadtrat. Etwas eigenartig mutet es an, dass eine abgesagte Zusammenkunft einer neofaschistischen Gruppe zu solchen Ausschreitungen führt, während andererseits die Kommunistische Partei Italiens unbehelligt ein Parteibüro in Genf unterhält und von dort her alles unternimmt, um die italienischen Arbeiter in der Schweiz in ihrem Sinne zu betreuen.

* * *

Damit ist das Stichwort Ausländer und Ausländerproblem gegeben, auf das zum Schluss noch kurz eingetreten werden soll. Mit dem bekannten, durch den Bundesrat verfüigten Fremdarbeiterstopp ist es im letzten Jahr gelungen, die Zahl der Fremdarbeiter ungefähr konstant zu halten. Während die Zahl der erwerbstätigen Jahresaufenthalter etwas abgenommen hat, ist diejenige der erwerbstätigen Niedergelassenen, also derjenigen, die sich in der Regel mehr als zehn Jahre ununterbrochen in der Schweiz aufhalten, angestiegen. Dass es nicht gelingt, die Gesamtzahl der Ausländer wesentlich zu senken, sticht der Nationalen Aktion gegen die Überfremdung und den Republikanern unter James Schwarzenbach in die Nase. Die Nationale Aktion hat im Dezember ein Volksbegehren gegen die Überfremdung eingereicht, womit nun bereits die dritte Überfremdungsinitiative dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden muss. Nachdem Schwarzenbach zuerst deutlich erklärt hatte, er und seine Partei könnten sich mit dieser Initiative nicht befreunden, hat er nun in den letzten Tagen eine gegenteilige Auffassung vertreten: Er unterstützt sie nun voll und ganz. Leider hatten es die Initianten unterlassen mitzuteilen, wie viele von ihnen im Falle der Annahme der Initiative bereit wären, die von den Ausländern gegenwärtig besorgte Schmutzarbeit in der Schweiz selbst zu übernehmen.

BELOHNTE GUTMÜTIGKEIT

Im Jahre 1763 liess sich bei einem Coiffeur in der englischen Stadt Doncaster ein Soldat rasieren. Wie es in den Coiffeurläden so Brauch ist, knüpfte der «Verschönerungsrat» während seiner Arbeit ein Gespräch an, und der Grenadier erzählte, dass er genötigt sei, zu Fuss nach York, seiner Garnisonsstadt, zu wandern, weil er zu arm sei, um die Fahrt in der Postkutsche zu bezahlen. Nun liegt York von Doncaster eine beträchtliche Strecke entfernt, und das Aprilwetter war so unfreundlich, dass man keinen Hund hätte hinausjagen mögen.

Der Coiffeur war ein gutmütiger Mensch. Er bot daher seinem Kunden an, ihm das Geld für einen Fahrschein zu leihen; sobald er es erübrigen könne, möge er es ihm alsbald zurücksenden.

Gerührt nahm der Soldat das Geld an, benützte die Postkutsche und darbtete sich nach und nach die Summe ab, um möglichst bald seiner Schuld ledig zu werden. Indem er sie zurücksandte, fügte er in seinem Brief als Ausdruck seines Dankes ein Rezept zu einer Stiefelwichse bei, die er für den eigenen Gebrauch stets danach bereite und die gewiss auch Herr Good – so hiess der Figaro – gut finden werde, wenn er sie erst einmal probiert habe.

Der Coiffeur war sehr erfreut über die Rechtlichkeit und Dankbarkeit seines Schützlings. Er stellte sich nach dem Rezept eine Portion Wichse her, die er so vorzüglich fand, dass er seinem Freund, dem Sattler Day, davon abgab. Auch diesem gefiel die Wichse ausserordentlich. Er war aber ein unternehmungslustiger Kopf, dem es schnell einmal einleuchtete, dass mit diesem grossartigen Produkt ein gutes Geschäft zu machen war.

Er überredete in der Folge seinen Freund Good, die Wichse im grossen herzustellen, und zwar mit ihm zusammen. Der Coiffeur ging darauf ein; sie gründeten unter der Firma Day & Good eine Stiefelwichsefabrik, nahmen den ausfindig gemachten Grenadier als Teilhaber auf und hatten einen grossen Erfolg mit ihrem Unternehmen. Noch heute soll das damals gegründete Geschäft von ihren Nachkommen weiterbetrieben werden und jetzt eine der bekanntesten Firmen Englands überhaupt sein.

F. B.